

## „Innere Sicherheit“

### 0. Inhalt

1. Einleitung: In Freiheit und Sicherheit leben
2. Das haben wir erreicht
3. Das haben wir noch vor
4. Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der inneren Sicherheit in Deutschland

### 1. In Freiheit und Sicherheit leben

Die Menschen in Deutschland wollen **frei und sicher leben**. Im **Grundsatzprogramm der CDU** - beschlossen auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember 2007 in Hannover - heißt es: *„Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander.“* Wir haben damit einmal mehr klargestellt, dass wir eine andere Auffassung von einem starken Staat und von der inneren Sicherheit haben als die Parteien im linken Spektrum. Wir sehen Sicherheit vor allem als eine Voraussetzung von Freiheit und nicht zuallererst als deren Einschränkung. Denn nur wer keine Angst hat, kann in Freiheit leben. Wir wollen Recht und Ordnung durchsetzen und die Freiheit der Bürger schützen. Diese Ziele bringt unsere Politik in ein vernünftiges Gleichgewicht.

Vergleicht man die **Kriminalstatistik der Länder**, wird deutlich: Dort, wo die Union in Deutschland regiert, leben die Menschen sicherer. So gab es im Jahr 2010 in den unionsregierten Ländern Bayern (4.958) und Baden-Württemberg (5.324), Thüringen (6.136), Hessen (6.629) und Sachsen (6.972) bundesweit die wenigsten Straftaten auf 100.000 Einwohner. Die SPD-geführten Stadtstaaten Berlin (13.798) und Bremen (13.463) bilden hingegen die Schlusslichter dieser Statistik.

Wir wollen, dass Deutschland eines der **sichersten Länder der Welt** bleibt. **Deutschlands Sicherheitsbehörden** leisten hervorragende Arbeit und genießen bei den Bürgern ein hohes Maß an Vertrauen. Wir erleben heute neue Formen von Bedrohung. **Terrorismus und**

**Organisierte Kriminalität** gehören zu den größten dieser Bedrohungen. Sie stehen im Widerspruch zu Freiheit und Sicherheit und damit zu den Werten, die unser Grundgesetz prägen.

Deutschland ist Teil eines **weltweiten Gefahrenraums**. Darauf müssen wir uns einstellen. Nur so kann der Rechtsstaat Freiheit und Sicherheit seiner Bürger auch künftig schützen und bewahren. **Innere und äußere Sicherheit** sind nicht mehr strikt voneinander zu trennen. Die Zuordnung von Gefahren kann heute nicht allein nach den Kriterien von „innen“ und „außen“, sondern muss nach der Qualität eines Angriffs erfolgen. Wir wollen die Fähigkeiten der inneren und äußeren Sicherheit vernetzen, um insbesondere terroristische Bedrohungen wirksam abwehren zu können. Deshalb muss in besonderen Gefährdungslagen zur Stärkung des Heimatschutzes ein **Einsatz der Bundeswehr im Inneren** mit ihren spezifischen Fähigkeiten im Katastrophenschutz sowie bei der Bewältigung terroristischer Gefahren ergänzend zur Polizei des Bundes und der Länder im Rahmen festgelegter Grenzen möglich sein. Hierfür sind klare verfassungsrechtliche Grundlagen zu schaffen. Die strikte Trennung von Polizei und Militär muss dabei gewahrt bleiben.

Die CDU sorgt bestmöglich für **Sicherheit im Alltag** und für **Sicherheit vor Ort**. Wir wollen, dass sich alle Bürger auf Straßen und Plätzen, in Bussen und Bahnen, auf Bahnhöfen zu jeder Tages- und Nachtzeit ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. In den **öffentlichen Räumen** muss durch präventive Stadtgestaltung, bessere Beleuchtung, den verstärkten Einsatz von Videokameras an Brennpunkten und präventives Sozialmanagement Verwahrlosung, Graffiti-Schmierereien, Vandalismus, Diebstählen, Wohnungseinbrüchen sowie Gewalt vorgebeugt werden. Es darf keine rechtsfreien, sondern nur angstfreie Räume geben.

## **2. Das haben wir erreicht:**

Die Politik der unionsgeführten Bundesregierung hat seit 2005 - trotz neuer terroristischer Bedrohungen - die Sicherheit in unserem Land gewährleistet, ohne bürgerliche Freiheiten unnötig einzuschränken.

- Die CDU hat die **Instrumentarien zur Abwehr terroristischer Aktivitäten** erfolgreich fortentwickelt. Die Nachrichtendienste können ihre von Luftfahrtunternehmen, Banken, Post-, Telekommunikations- und Teledienstunternehmen eingeholten Informationen zur Aufklärung verfassungsfeindlicher Bestrebungen im Inland einsetzen. Das ermöglicht eine bessere Aufklärung in der Grauzone zwischen Extremismus und Terrorismus, etwa gegen so genannte „Hassprediger“.
- Mit der **zentralen Antiterrordatei** hat die CDU ein effektives Frühwarnsystem geschaffen, das terrorismusrelevante Informationen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder miteinander vernetzt.
- Die CDU hat durchgesetzt, dass das **Bundeskriminalamt zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus bereits vorbeugend tätig werden kann**. Um etwa Terrorplanungen im Internet zu verhindern, haben wir die Rechtsgrundlage für Online-Durchsuchungen unter strengen rechtsstaatlichen Voraussetzungen bei konkreter Gefährdung geschaffen.
- Dem langjährigen Drängen der CDU ist es zu verdanken, dass **terroristische Vorbereitungshandlungen**, insbesondere die Ausbildung in einem „Terrorcamp“, unter Strafe gestellt sind.
- Ebenso ein Erfolg der CDU ist die Wiedereinführung der **Kronzeugenregelung** bei terroristischen Straftaten und anderen schwersten Straftaten, die zum Kernbereich der Organisierten Kriminalität gehören.
- Mit der **Verlängerung der Anti-Terror-Gesetze bis 2016** ist es den deutschen Sicherheitsbehörden auch in Zukunft möglich, effektiv gegen die terroristische Bedrohung vorzugehen.
- Wir haben uns mit Erfolg für den **Ausbau des Schengen-Informationssystems** eingesetzt. Dieses Personen- und Sachfahndungssystem muss eine noch schnellere und effektivere Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden gewährleisten.

- Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft haben wir zur Verhinderung und Verfolgung von Straftaten die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit und den Informationsaustausch** zwischen den EU-Mitgliedstaaten verbessert (automatisierter Austausch von DNA-, Fingerabdruck- und Kfz-Registerdaten). Die CDU setzt sich dafür ein, dass Informationsaustausch und ein **einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes** in Europa Hand in Hand gehen.
- Mit der **Cybersicherheitsstrategie** haben wir einen weiteren Schritt im Kampf gegen kriminelle, terroristische und nachrichtendienstliche Akteure getan, um die Sicherheit des Internets zu gewährleisten, ohne dessen Chancen und Nutzen unnötig einzuschränken. Zum 1. April 2011 hat das **nationale Cyber-Abwehrzentrum** seine Arbeit aufgenommen. Ziel des Zentrums ist es, Informationen schnell zusammen zu tragen, zu analysieren und zwischen den Sicherheitsbehörden abgestimmte Empfehlungen zum Schutz der IT-Systeme zur Verfügung zu stellen.
- Die CDU hat sich mit Erfolg für die Errichtung einer **Visa-Warndatei** eingesetzt. Mit dieser Datei wird ein wirksames Instrument geschaffen, **um illegale Einwanderung** und deren Folgen bekämpfen zu können.
- Für zukünftige Fälle hat die CDU die **vorbehaltene Sicherungsverwahrung** erweitert und verschärft. Entscheidend ist, ob der Täter am Ende der Haftzeit noch gefährlich ist. Für die CDU steht fest, dass das **Sicherheitsinteresse der Allgemeinheit** wichtiger ist als die persönliche Freiheit des Täters.
- Polizisten werden zunehmend zur Zielscheibe von Gewalt. Sie verdienen unseren Schutz. Daher haben wir uns mit Erfolg für einen **verbesserten strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten** und anderen Personen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, eingesetzt.

### 3. Das haben wir noch vor:

Die Sorge um den Schutz der Bürger und eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität bleiben weiterhin ein zentrales Anliegen der CDU. Wir wollen den Schutz der Menschen in Deutschland weiter stärken.

- Der Justizvollzug muss den Sicherheitsinteressen der Bürger Rechnung tragen. **Opferschutz** geht vor Täterschutz.
- Die CDU setzt sich weiterhin für eine **gut ausgestattete, orts- und bürgernahe Polizei** ein, die sofort erreichbar und schnell am Ort des Geschehens ist. Eine „sichtbare“ Polizei verstärkt das Sicherheitsgefühl – gerade auch der älteren Bürger.
- In einem vernachlässigten Wohnumfeld gedeiht Kriminalität leichter als in einem Wohnumfeld, in dem sich die Anwohner wohl fühlen. Deshalb wollen wir, dass sich **in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf „Kiezläufer“ bzw. „Quartierläufer“** ohne hoheitliche Befugnisse um den Erhalt von Ordnung und Sauberkeit im Straßenbild kümmern. Durch ihre ständige Präsenz können sie rasch zu respektierten und geschätzten Ansprechpartnern im Kiez für die kleineren und größeren Probleme werden.
- Wir werden Angebote stärken, die **vorbeugend gegen Gewalt- und Kriminalitätskarrieren** oder das Abgleiten in Extremismus wirken.
- Wir treten **Extremisten aller Art** entschlossen entgegen. Die **wehrhafte Demokratie** darf auf keinem Auge blind sein. Es darf in Deutschland keine Landstriche, keine Stadtviertel und keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür wollen wir Sorge tragen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe die **Anordnung eines „Warnschussarrests“** möglich ist. Für Täter ab einem Alter von 18 Jahren wollen wir bis zum 21. Lebensjahr die **Anwendung des Erwachsenenstrafrechts zum Regelfall**, das Jugendstrafrecht zur Ausnahme machen.
- Wir wollen, dass für schwerste Verbrechen eine **Jugendstrafe von bis zu 15 Jahren** statt maximalen 10 Jahren verhängt werden kann. Wir treten dafür ein, das **Fahrverbot oder die Verhinderung des Erwerbs eines Führerscheins als eigenständige Sanktion**

**im Jugendstrafrecht** zu verankern und den Anwendungsbereich auf alle Arten von Straftaten zu eröffnen.

- IT-Angriffe machen vor Landesgrenzen nicht halt. Daher setzten wir uns für ein **effektives Zusammenwirken für Cyber-Sicherheit in ganz Europa und weltweit** ein. Deutschlands Vorreiterrolle wollen wir weiter nutzen und unser Engagement in den internationalen Gremien weiter erhöhen.
- Zur Abwehr der Gefahren durch Terrorismusverdächtige und durch kriminelle Ausländer wollen wir das **Ausweisungsrecht konsequent vereinfachen**. Ausländer müssen bereits bei einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung ausgewiesen werden können.
- Wir werden die **grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit** zum Schutz der Außengrenzen der EU weiter ausbauen. **EUROPOL** muss als Kompetenzzentrum für Informationen und koordinierende Unterstützung weiter entwickelt werden.

Die CDU steht weiterhin für eine Politik der Inneren Sicherheit, die sich den Bedrohungen von Freiheit und Recht durch Kriminalität und Gewalt, Terrorismus und Extremismus entschieden entgegenstellt.

#### **4. Zahlen, Daten und Fakten zur Lage der inneren Sicherheit in Deutschland**

##### **a. Polizeiliche Kriminalstatistik**

Gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) wurden in Deutschland im Jahr 2010 **5.933.278 Straftaten** polizeilich registriert. Damit wurde erstmalig seit der Wiedervereinigung die Sechs-Millionen-Grenze unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr war damit bundesweit ein Rückgang um zwei Prozent zu verzeichnen. Die positive Entwicklung der vergangenen Jahre wurde damit fortgesetzt.

Im Vergleich zum Jahr 1993 (6.750.613 Straftaten) sank die Zahl der Straftaten um insgesamt 12,1 Prozent. Die Gesamtaufklärungsquote lag mit 3.322.320 (aufgeklärten Fällen) im

Jahr 2010 bei 56 Prozent. Somit wurde das bisher beste Ergebnis von 55,6 Prozent aus dem Jahr 2006 nochmals gesteigert. Bei Mord und Totschlag war die Aufklärungsquote leicht rückläufig. Bei gravierenden Gewaltdelikten, wie etwa Vergewaltigung, gefährlicher oder schwerer Körperverletzung hingegen stieg sie jedoch leicht an.

Die Anzahl der Tatverdächtigen (insgesamt) sank im Jahr 2010 um 1,6 Prozent auf 2.152.803. Die Zahl der erfassten deutschen Tatverdächtigen verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr (um 2,5 Prozent auf 1.680.991). Die Anzahl nichtdeutscher Tatverdächtiger, stieg um 2,0 Prozent auf 471.812. Der Tatverdächtigenanteil von Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 21,1 auf 21,9 Prozent.

Im Jahr 2010 betrug der Anteil der Kinder (6 - 14 Jahre) an den Tatverdächtigen insgesamt 4,3 Prozent. Die absolute Zahl sank gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent auf 91.960.

Wie schon in den Vorjahren wurde auch im Jahr 2010 das Gesamtbild der Kriminalität in Deutschland durch die Diebstahlskriminalität bestimmt. Der Anteil dieses Deliktsbereichs an der Gesamtkriminalität lag bei 38,8 Prozent, sank aber gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent auf 2.301.786 Fälle. Dies entspricht der niedrigsten Fallzahl seit 1993.

Die registrierte Gewaltkriminalität erfuhr mit 201.243 Fällen im Jahr 2010 nach den Jahren 2008 und 2009 zum dritten Mal in Folge einen Rückgang, und zwar um 3,5 Prozent (Rückgang von 7.203 Fällen).

Der seit 2003 rückläufige Trend beim Gebrauch von Schusswaffen hat sich nach gegenläufiger Entwicklung im Jahr 2009 im Jahr 2010 wieder fortgesetzt. Während im Jahr 2009 in 7.142 Fällen mit einer Schusswaffe gedroht wurde, geschah dies im Jahr 2010 in nur noch 6.623 Fällen. Dies entspricht einem Rückgang von 7,3 Prozent.

Nachdem 2009 der niedrigste Wert seit 1993 zu verzeichnen war, sind die bekannt gewordenen Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern 2010 wieder angestiegen (um 4,8 Prozent auf 11.867 Fälle). In diesem Deliktsbereich muss von einem hohen Dunkelfeld ausgegangen werden.

## **b. Politischer Extremismus**

Nach wie vor richten politische Extremisten von links und von rechts ihre Bestrebungen gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Mit großer Sorge beobachten wir insbesondere gewalttätige Ausschreitungen, auch die anhaltend brutale Auseinandersetzung zwischen rechts- und linksextremistischen Organisationen. Ausländerfeindliche Straftaten bedrohen das friedliche Zusammenleben und schädigen das internationale Ansehen unseres Landes.

Die CDU verurteilt entschieden die Übergriffe auf ausländische Mitbürger. Sie sind ein Angriff auf unsere Rechts- und Werteordnung und eine Herausforderung für unsere Demokratie. Wir verurteilen gleichermaßen gewalttätige Auseinandersetzungen ausländischer Gruppierungen in Deutschland untereinander sowie Übergriffe auf Deutsche. Feige Anschläge und gewalttätige Ausschreitungen müssen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Gewalttäter müssen konsequent dingfest gemacht und umgehend verurteilt werden.

Im Jahr 2010 wurden 27.180 politisch motivierte Straftaten erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine deutliche Reduzierung um 19,9 Prozent (2009: 33.917). In dieser Zahl sind 12.796 (47,1 Prozent) Propagandadelikte und 2.636 Delikte (9,7 Prozent) der politisch motivierten Gewaltkriminalität enthalten.

### **aa. Linksextremismus**

Linksextremisten verfolgen das Ziel, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung – von ihnen als kapitalistisch, imperialistisch und rassistisch diffamiert – zu beseitigen und an deren Stelle eine totalitäre sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft oder eine aus ihrer Sicht herrschaftsfreie Gesellschaft zu errichten. Das politische Handeln wird bestimmt durch revolutionär-marxistische oder anarchistische Ideologien. Vielfältige Aktionsformen - wie etwa öffentliche Kundgebungen, Plakataufrufe, periodische Schriften, sowie die Beteiligung an Wahlen und Versuche der verdeckten Einflussnahme in gesellschaftlichen Gruppen - charakterisieren linksextremistische Gruppen.

Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften waren Ende 2010 etwa 32.200 Personen (2009: 31.600) Organisationen und sonstigen Personenzusammenschlüssen zuzurechnen, bei denen zumindest Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen feststellbar sind.

Das Spektrum der gewaltbereiten Linksextremisten in überwiegend anarchistisch orientierten Gruppierungen umfasste Ende 2010 rund 6.800 Personen, darunter bis zu 6.200 (2009: bis zu 6.100), die sich selbst als Autonome bezeichnen. Bei marxistisch-leninistischen, trotzkistischen und sonstigen revolutionär-marxistischen Zusammenschlüssen war mit insgesamt 25.800 Personen (2007: 25.300) zum dritten Mal in Folge nach 2008 und 2009 ein erneuter Anstieg festzustellen.

Auch im Jahr 2010 verübten Linksextremisten schwere Straftaten, um ihre politischen Ziele durchzusetzen, u. a. Brandstiftungen und Sachbeschädigungen in Millionenhöhe. Dem Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“ wurden 6.898 Straftaten, hiervon 1.377 Gewalttaten, zugeordnet. In diesem Bereich wurden 3.747 Straftaten mit extremistischem Hintergrund, darunter 944 Gewalttaten, erfasst. Damit ging die Zahl der politisch links motivierten Straftaten mit extremistischem Hintergrund um 20,8 Prozent, die der Gewalttaten um 15,3 Prozent zurück.

Als häufigste Deliktsart fielen die Sachbeschädigungen mit 43,8 Prozent auf. Innerhalb der Gewaltdelikte hatten Körperverletzungen mit 541 Fällen (57,3 Prozent) den größten Anteil, gefolgt von Landfriedensbruch (15,7 Prozent), Widerstandsdelikten (11,9 Prozent) und Brandstiftung (8,6 Prozent).

## **bb. Rechtsextremismus**

Die rechtsextremistische Gedankenwelt wird von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt. Sie wird von der Vorstellung bestimmt, die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse mache den Wert des Menschen aus. Diesem Kriterium sind auch die Menschen- und Bürgerrechte nach rechtsextremistischem Verständnis unterzuordnen. Rechtsextremisten propagieren ein autoritäres politisches System, in dem oftmals der Staat und ein ethnisch homogenes Volk als angeblich natürliche Ordnung in einer Einheit verschmelzen.

Ende 2010 gab es in Deutschland 219 (2009: 195) rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten betrug 25.000. Somit ist das Personenpotential des Rechtsextremismus in Deutschland nach den Jahren 2007 (31.000), 2008 (30.000) und 2009 (26.000) erneut gesunken.

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten liegt, im Verfassungsschutzbericht 2010 zum ersten Mal ausgewiesen, bei 9.500. Zu den gewaltbereiten Rechtsextremisten werden auch diejenigen Rechtsextremisten gezählt, die – ohne bislang Gewalttaten verübt zu haben – eine Gewaltanwendung befürworten. Dazu gehören als weitaus größte Gruppe die Skinheads.

Die Zahl der Neonazis stieg hingegen auf 5.600 (2009: 5.000). Der Trend zu einem weiteren Abbau der Strukturen in der neonazistischen Szene setzt sich fort. Der Anteil der Gruppierungen, die als Kameradschaften noch über eine gewisse Organisationsstruktur verfügen, geht gegenüber einfacheren Strukturformen weiter zurück. Die Gruppierungen haben in der Regel bis zu 15 Mitglieder. Der Verzicht auf Organisationsstrukturen beruht hauptsächlich darauf, dass neonazistische Gruppierungen mit Blick auf ergangene Vereinsverbote und strafrechtliche Ermittlungsverfahren versuchen, möglichst wenige Ansatzpunkte für weitere Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zu bieten.

Die Mitgliederentwicklung in den rechtsextremistischen Parteien war durch einen leichten Rückgang bei der NPD auf 6.600 und einen Rückgang der Mitgliederzahlen bei der DVU von 4.500 (2009) auf 3.000 (2010) gekennzeichnet. Die Zahl der sonstigen rechtsextremistischen Organisationen blieb mit 63 (2009: 60) annähernd gleich. Diesem Spektrum gehörten wie schon 2009 rund 2.500 Mitglieder/Aktivisten an.

Das Internet bleibt für Rechtsextremisten eine bedeutende Plattform zur Verbreitung ihrer Ideologie, Mobilisierung ihrer Anhänger und Werbung neuer Sympathisanten. Die Anzahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Internetpräsenzen blieb auch 2010 konstant bei etwa 1.000, wobei innerhalb dieser Gesamtzahl weiterhin eine äußerst hohe Fluktuation der rechtsextremistischen Homepages zu beobachten ist. Nach wie vor wer-

den anlassbezogene Sonderseiten zu Demonstrationen, Kampagnen und sonstigen Veranstaltungen ins Netz gestellt.

Die Zahl der periodischen rechtsextremistischen Publikationen ist auf 81 (2009: 78, 2008: 82) annähernd gleich geblieben. 31 Publikationen erschienen mindestens quartalsweise (2009: 46).

Die Anzahl rechtsextremistischer Konzerte bewegt sich mit 128 Veranstaltungen (2009: 125) auf annähernd gleichbleibend hohem Niveau. Die durchschnittliche Besucherzahl bewegt sich mit 130 Personen im langjährigen Mittelwert. Die Mehrzahl der Konzerte hatte zwischen 80 und 200 Teilnehmern. An 6 Veranstaltungen nahmen mehr als 300 Personen teil (2007: 15 Veranstaltungen). Damit hält der Trend zu Konzerten mit kleiner Teilnehmerzahl an.

Für das Jahr 2010 wurden dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“ 15.905 (2009: 18.750) Straftaten, hiervon 71,6 Prozent – 11.384 (2009: 13.290) - Propagandadelikte und 762 (2009: 891) Gewalttaten, zugeordnet.

### **cc. Islamistischer/Islamistisch-terroristischer Extremismus**

Die Gefährdung der inneren Sicherheit durch islamistische Terroristen war auch 2010 unverändert hoch. Die Dichte von Anschlagshinweisen zeigt, dass die Gefährdung deutscher Interessen im In- und Ausland auf hohem Niveau fortbesteht.

Zwar waren im Jahr 2010 in den Veröffentlichungen „jihadistischer“ Gruppierungen im Internet konkrete Drohungen gegen Deutschland oder deutsche Interessen im In- und Ausland kaum noch zu finden und die Propaganda erhielt nur noch vereinzelte Deutschlandbezüge. Stattdessen jedoch wurden vermehrt Botschaften verbreitet, in denen in deutscher Sprache für die gewaltsame Teilnahme am „Jihad“ geworben wird.

Insbesondere seit der zweiten Jahreshälfte 2010 verzeichnen die Sicherheitsbehörden des Bundes wiederholt Hinweise, wonach „al-Qaida“ plane, Anschläge in den USA, Europa und auch Deutschland zu begehen.

Zumeist führen islamistisch-terroristische Gruppierungen das deutsche Engagement in Afghanistan als Rechtfertigung für ihre Aktivitäten an.

Angeleitet von der Ideologie des gewalttätigen „Jihad“, verstanden als „heiliger Krieg“ zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam, versuchen Islamisten auch hier, ihre Vorstellungen von einer „islamischen Gesellschaft“ durchzusetzen, die mit den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unvereinbar sind.

Eine Gefahr für die innere Sicherheit geht auch von islamistischen Organisationen aus, die nicht dem internationalen islamistischen Terrorismus zuzuordnen sind, sondern regional agieren. Diese Organisationen wollen die in ihren Herkunftsländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein strikt islamistisches Staatswesen auf der Grundlage des islamischen Rechts, der Scharia, ablösen. Die Mehrzahl dieser Organisationen agiert in ihren Heimatländern auch mit terroristischen Mitteln. In Deutschland setzen sie ihre Schwerpunkte auf die Betreuung und Beeinflussung ihrer Landsleute sowie auf Spendensammlungen zur Unterstützung der Aktivitäten ihrer Mutterorganisationen in den jeweiligen Heimatländern.

Wie in den Vorjahren bilden auch 2010 29 islamistische Organisationen mit etwa 37.470 Mitgliedern/Anhängern (2009: 36.270) das größte extremistische Potenzial. Stärkste Gruppe blieb die türkische "Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V." (IGMG) mit etwa 30.000 (2009: 29.000) fest in die Organisation eingebundenen Personen; darüber hinaus verfügt sie über mehrere zehntausend Sympathisanten und Unterstützer.

Mitgliederstärkste Organisationen aus dem arabischen Raum sind die „Muslimbruderschaft“ (MB) mit unverändert ca. 1.300 Anhängern und die libanesische „Hizb Allah“ (Partei Gottes) mit ca. 900 Anhängern.

#### **dd. Ausländerextremismus (ohne Islamismus)**

Leider bedrohten auch im Jahr 2010 sicherheitsgefährdende extremistische und terroristische Bestrebungen von Ausländern die innere Sicherheit. Diese Aktivitäten extremisti-

scher Ausländergruppen werden vornehmlich von den politischen Entwicklungen und aktuellen Ereignissen in den Herkunftsländern bestimmt. Deutschland wird von den meisten dieser Organisationen als sicherer Rückzugsraum betrachtet, von dem aus sie ihre Ziele im Heimatland durch Agitation verfolgen und ihre Mutterorganisationen auch materiell unterstützen können.

Die Ideologie linksextremistischer Ausländerorganisationen wird insbesondere durch eine marxistisch-leninistische sowie maoistische Weltanschauung geprägt. Ziel dieser - in der Mehrzahl türkischen - Gruppierungen ist die „revolutionäre“ Zerschlagung der bestehenden Gesellschaftsordnung und die Errichtung sozialistischer bzw. kommunistischer Systeme in ihren jeweiligen Herkunftsländern.

Bei den nicht islamistischen sicherheitsgefährdenden bzw. extremistischen Ausländerorganisationen ist das Mitglieder- und Anhängerpotenzial der 44 (2009: 44) Organisationen mit 24.910 Personen gegenüber dem Vorjahr (2009: 24.710) leicht angestiegen. Auch das Potenzial der linksextremistischen oder linksextremistisch-geprägten Ausländergruppierungen stieg mit 17.070 (2009: 16.870) leicht an, indes blieb die Mitglieder- und Anhängerschaft der nationalistischen Ausländergruppierungen mit 7.840 Personen unverändert.

Dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“ wurden 917 (2009: 966) Straftaten, hiervon 153 (2009: 144) Gewalttaten, zugeordnet. In diesem Bereich wurden 790 (2009: 707) Straftaten mit extremistischem Hintergrund, darunter 130 (2009: 102) Gewalttaten erfasst. Damit stieg die Zahl der Straftaten im Bereich „Politisch motivierter Ausländerkriminalität“ mit extremistischem Hintergrund deutlich – nämlich um 11,7 Prozent; die Zahl der Gewalttaten in diesem Bereich stieg um 27,5, Prozent.